Freisinn

Das Magazin für liberales Denken in der Schweiz

49. Jahrgang
Erscheint viermal jährlich
Offizielles Organ der
FDP Schweiz

Nr. 4 | 2026

FDP



Döf's es bitzeli meh sii?

Nein zum MwSt.-Bschiss

BAK-Basel Studie

Die MwSt. wirkt nicht nur an der Ladenkasse – sie löst eine Wirkungskette aus

KMG
Hohe Anforderung an höchste Präzision

Mitmachen
Gewinnen Sie beim Kreuzworträtsel

Für alle, die den Wecker stellen.

INHALT

04___**DER MWST.-BSCHISS**
Der Staat muss den Gürtel enger schnallen – nicht die Bürger!

06___**FREISINN-GESPRÄCH**
Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview

08___**KRIEGSMATERIALGESETZ**
Hannes Hauri, CEO Swiss P Defense: «Es geht knallhart um Arbeitsplätze und Industrie-Knowhow»

11___**VERMISCHTES**

12___**SEKTIONEN**
Was unsere Sektionen bewegt.

15___**QUARTIER LATIN**
Was läuft in der Romandie?

14___**LANDSGEMEINDE**
Impressionen der FDP-«Landsgemeinde» in Langenthal BE

18___**PORTRÄT**
Johann Späni, Schindellegi: Das liberale Gewissen in Schwyz

20___**SEITENBLICK / PAROLENSPIEGEL**

21___**MUTATIONEN / AUS DEM ARCHIV**
Wechsel im Parlament und auf dem Generalsekretariat

22___**AUF ACHSE**
Wandertipp von Consigliere Nazionale Simone Gianini

23___**KREUZWORTRÄTSEL**

Titelbild: Fanny Dietschi/KI



06

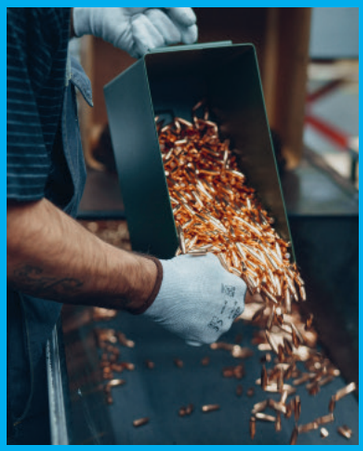
Wer soll wie viel Steuern zahlen – und wer haftet, wenn eine Grossbank in Schieflage gerät? Bundesrätin Karin Keller-Sutter nimmt Stellung zu zwei kontroversen finanzpolitischen Fragen.



Plakat der Progressiven Organisationen (POCH) für die eidgenössische Volksabstimmung vom 20. Mai 1979 über die Einführung der Mehrwertsteuer (Museum für Gestaltung Zürich, Plakatsammlung, Zürcher Hochschule der Künste)

05

Der MwSt.-Schwindel schwächt die Wirtschaft.



08

Das KMG ist kompliziert – Gepräch mit Hannes Hauri, CEO der Firma Swiss P Defence AG in Thun.

IMPRESSUM

Herausgeberin/Redaktion/Inserate: FDP.Die Liberalen Schweiz, Generalsekretariat, Spitalgasse 37, 3011 Bern
Telefon 031 320 35 35, Fax 031 320 35 00, E-Mail: redaktion@fdp.ch, www.fdp.ch
Redaktionsleitung: Nathalie Henseler Pfyl, Mitarbeit: Yannick Aschwanden, Fanny Dietschi, Christopher Ulmer, Matia Demarmels
Layout: Redaktionsleitung, event assist GmbH, www.eventassist.ch
Druck: Multicolor Print, www.multicolorprint.ch

Für alle, die den Wecker stellen.

Herzlich willkommen beim neuen FREISINN!



SUSANNE VINCENZ-STAUFFACHER
CO-PARTEIPRÄSIDENTIN UND
NATIONALRÄTIN



BENJAMIN MÜHLEMANN,
CO-PARTEIPRÄSIDENT UND
STÄNDERAT

In den letzten Monaten wurde im Maschinenraum des Generalsekretariats getüftelt, geschrieben, gestaltet, gerechnet und vor allem kreativ gearbeitet. **Jetzt ist er da, der neue FREISINN! Mit neuem Layout, vielen spannenden Hintergrundtexten, schönen Bildern, einem Kreuzworträtsel und allerlei Wissenswertem!**

Wir freuen uns, mit diesem frischen Wind ins Wahljahr zu starten und laden euch ein, den neuen FREISINN mit Genuss zu lesen. Und dann sagt uns doch, was euch gefallen hat, was ihr vermisst und was wir noch besser machen können. Eure Rückmeldungen und Ideen sind herzlich willkommen: Schreibt uns an redaktion@fdp.ch.

Keinen Rappen neue Steuern!

Im September hat die FDP ihre nationale Kampagne gegen die geplante MwSt.-Erhöhung lanciert. Unser Ziel ist klar: Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen vor weiteren finanziellen Belastungen schützen. Dass die 13. AHV-Rente ab Dezember wie versprochen ausbezahlt wird, steht selbstverständlich ausser Frage. Doch der eingeschlagene Weg über eine Steuererhöhung ist grundfalsch, unsolidarisch und wirtschaftsschädlich. **Der Staat muss sparen, nicht die Bevölkerung.** Der Bund muss endlich seine Ausgaben priorisieren.

Denn die Belastungsgrenze vieler Schweizer Haushalte ist erreicht: Krankenkassenprämien und Mieten steigen Jahr für Jahr, und vielen Menschen bleibt am Ende des Monats immer weniger im Portemonnaie. Ausgerechnet in dieser angespannten Situation soll nun auch noch die Mehrwertsteuer erhöht werden. Am 29. November stimmen wir über diese Vorlage ab – und die einzig vernünftige Antwort lautet: NEIN zu diesem MwSt.-Schwindel.

Breiter Widerstand in der Bevölkerung

Dass die FDP diese wichtige Kampagne alleine führen muss, haben wir zur Kenntnis genommen. Umso erfreulicher ist es, dass unser gemeinsamer Einsatz Wirkung zeigt: Gemäss einer aktuellen SRG-Umfrage stösst der MwSt.-Schwindel auf breiten Widerstand. 49 Prozent der Befragten lehnen die Vorlage ab, während die Zustimmung bei 46 Prozent liegt. Selbst an der Basis von Mitte-Links bröckelt die Unterstützung. Die Jungsozialisten, die Genfer SP und die Gewerkschaft VPOD haben gar die NEIN-Parole gefasst.

Wenn wir jetzt gemeinsam zum Schlussspurt ansetzen, können wir diese Abstimmung gewinnen! Schützen wir die Kaufkraft und unsere Wirtschaft. Sagen wir am 29. November NEIN zum MwSt.-Schwindel!

Und auch ein NEIN zum Steuerwirrwarr

Das Schweizer Volk hat vor wenigen Monaten beschlossen, die Heiratsstrafe mit der Individualbesteuerung auf allen Staatsebenen abzuschaffen. Doch die «Mitte»-Partei tut sich schwer damit, diesen Entscheid zu akzeptieren: Sie will den klaren Volksentscheid rückgängig machen. Bundesrat, Kantone und Experten warnen vor der Initiative, denn sie führt zu einem **Steuerwirrwarr mit zwei gegensätzlichen Systemen und bis zu drei Steuererklärungen**. Zudem drohen ungedeckte Steuerausfälle von bis zu drei Milliarden Franken. Die Initiative ist unnötig. **Das Volk hat erst kürzlich entschieden. Z'Wort gilt!** Ein NEIN zur Mitte-Zwängerei sorgt für Verlässlichkeit.

Es gibt viel zu tun – packen wir es an!

Der Staat muss den Gürtel enger schnallen – nicht die Bürger!

Der Bundesrat will die 13. AHV-Rente über die Mehrwertsteuer finanzieren. «Beim einzelnen Einkauf fällt die Belastung kaum auf. Aber über die Zeit summieren sich viele kleine Beträge zu einer erheblichen Belastung für Haushalte und Wirtschaft – für einkommensschwache Haushalte teilweise zu einer massiven», sagt BAK-Chefökonom Claude Maurer. Text und Fotos: Nathalie Henseler Pfyl

Die FDP will es genau wissen und gab beim unabhängigen Wirtschaftsforschungs-Institut BAK Economics eine Studie in Auftrag. Die Fragestellung ist klar: **Wie stark belastet eine Erhöhung der Mehrwertsteuer für die Finanzierung der 13. AHV-Rente die Portemonnaies der Bürgerinnen und Bürger – und welche Folgen hat sie für die Wirtschaft?**

Claude Maurer rechnete mit seinem Team aus, dass die Finanzierung der 13. AHV-Rente über die Mehrwertsteuer einen durchschnittlichen Haushalt rund 104 Franken im Jahr kosten würde. Das wirkt auf den ersten Blick überschaubar. **Relativ zum verfügbaren Einkommen werden finanziell schwächere Haushalte jedoch stärker belastet.** «Die Besonderheit der Mehrwertsteuer ist, dass sie beim einzelnen Einkauf kaum auffällt. Über Monate und Jahre summieren sich diese kleinen Beträge aber zu einer relevanten Belastung», sagt Ökonom Claude Maurer.

Für die FDP fügt sich die MwSt. damit in ein breiteres Bild steigender Gebühren und Abgaben ein. Zusammen mit Abfallgebühren, vorgezogenen Recyclinggebühren, zu bezahlendem Kochschulunterricht für die Kinder, höheren Krankenkassenprämien und weiteren Beiträgen **summiert sich aus Sicht der Partei ein ganzer Bezahlberg.** Nur: Es ist wie beim «kochenden» Frosch: Man setzt ihn ins kalte Wasser und erwärmt das Wasser langsam – er gewöhnt sich daran und merkt nicht, dass er gekocht wird.



Quelle: BAK Economics

Tendenz: Steigende Abgaben

Das ist Salami-Taktik: Statt zu priorisieren, plant Bundesbern bereits weitere MwSt.-Erhöhungen – für die IV, den ÖV und eine weitere für die AHV. Seit der Einführung der MwSt. im Jahr 1995 stieg der Normalsatz von 6,5 % auf 8,1 %. Aktuell steht eine Erhöhung auf 8,5 % zur Abstimmung, während durch Finanzierungsbedarf bei der AHV und dem Bundeshaushalt weitere Steigerungen drohen. Die Studie untersuchte drei Szenarien für den Normalsatz (8,5 %, 9,0 %, 10,0 %) und kommt zusammenfassend zu folgendem Schluss:

- **Belastung für Haushalte:** Beim einzelnen Einkauf fällt die Steuer kaum auf. Über das Jahr gerechnet steigen die Mehrkosten pro Haushalt je nach Szenario jedoch auf 100, 260 oder 545 Franken. Bei einem dauerhaft um 1,9 Prozentpunkte höheren Satz (Szenario



BAK-Chefökonom Claude Maurer: «Kleine Beträge summieren sich – auch volkswirtschaftlich.»

10 %) summiert sich die Zusatzbelastung über zehn Jahre auf rund 5'450 Franken.

- **Volkswirtschaftliche Folgen:** Die Erhöhung schmälert entweder die Kaufkraft der Konsumenten oder die Margen der Unternehmen. Dies bremst Konsum und Investitionen, was Produktion, Beschäftigung und Löhne drückt. Über zehn Jahre verliert die Wirtschaft kumuliert 3,6 Milliarden (bei 8,5 %), 7,8 Milliarden (bei 9 %) oder 16,4 Milliarden Franken (bei 10 %) an Leistungsfähigkeit.
- **Soziale Ungleichheit:** Wohlhabende Haushalte zahlen absolut mehr MwSt. Relativ zum verfügbaren Einkommen werden tiefe Einkommen im 10-Prozent-Szenario mit 0,96 % jedoch deutlich stärker belastet als hohe Einkommen (0,65 %).

Die Studie zeigt, dass sich die MwSt. von einer vermeintlichen «Steuer der kleinen Beträge» zu einer spürbaren wirtschaftlichen und ungleich verteilten sozialen Last entwickelt. **Diese Entwicklung von Schatten-Steuern in Form von weiteren Abgaben muss aus Sicht der FDP unbedingt gestoppt werden**, damit der Bevölkerung am Ende nicht ein privates finanzielles Fiasko trotz Vollbeschäftigung droht.

MwSt.-Schwindel schwächt die Wirtschaft

«Der Begriff ‹MwSt.-Schwindel› ist natürlich zugespitzt. Aber die FDP trifft damit einen interessanten Punkt: Die Mehrwertsteuer ist eine Steuer, die man kaum sieht. Sie ist im Preis bereits enthalten, und beim einzelnen Einkauf geht es meist nur um kleine Beträge. Erst wenn man zusammenrechnet, was über ein Jahr oder gar ein Jahrzehnt zusammenkommt, wird die tatsächliche Belastung sichtbar», sagt Claude Maurer.

«Unsere Szenarien zeigen, dass sich auch volkswirtschaftlich kleine jährliche Effekte über die Zeit zu beträchtlichen Beträgen summieren.»

Eine höhere Mehrwertsteuer entzieht den Haushalten Kaufkraft oder belastet die Margen der Unternehmen. Beides hat volkswirtschaftliche Folgen: Konsum und Investitionen fallen tiefer aus.

Im 10-Prozent-Szenario liegt das reale BIP über zehn Jahre kumuliert rund 16,4 Milliarden Franken tiefer als ohne die zusätzliche MwSt.-Erhöhung. «Und angesichts des Finanzierungsbedarfs der Sozialversicherungen, der Bundesfinanzen und neuer staatlicher Aufgaben sind 10 Prozent MwSt. als längerfristiges Szenario durchaus ernst zu nehmen», sagt Maurer.

Die FDP fordert deshalb, dass der Staat den Gürtel enger schnallen muss, nicht die Bevölkerung. Die Erfüllung von Wunschlisten – auch wenn sie vom Volk beschlossen wurden – ist kein Steuererhöhungs-Freipass, bei dem reflexartig ins Portemonnaie der Steuerzahler gegriffen wird.

«Die Kantone fürchten sich vor diesem Szenario»

Bundesrätin Karin Keller-Sutter setzt auf die Individualbesteuerung, um die Heiratsstrafe abzuschaffen und Erwerbsanreize zu stärken. Bei der Regulierung der Grossbanken hat die Vorsteherin des Eidgenössischen Finanzdepartements klare Grundsätze: Wer Risiken eingeht, soll dafür selbst geradestehen – und nicht die Allgemeinheit. Interview und Fotos: Nathalie Henseler Pfyl

Steuergerechtigkeit und Eigenverantwortung sind für Bundesrätin Karin Keller-Sutter zwei Seiten derselben liberalen Politik. Ob bei der Besteuerung von Ehepaaren oder bei der Regulierung der UBS: Sie will Fehlanreize beseitigen und verhindern, dass die Allgemeinheit für politische oder wirtschaftliche Risiken aufkommen muss. Im Interview erklärt sie, weshalb sie auf die Individualbesteuerung setzt und warum sie strengere Eigenkapitalvorschriften für die Grossbank verteidigt.



«Von der Mitte-Initiative profitieren nur die Ehepaare.»

Im vergangenen März hat das Volk die Individualbesteuerung deutlich angenommen und damit die Heiratsstrafe abgeschafft. Erübrigt sich damit nicht eine weitere Volksabstimmung über die Mitte-Initiative?

Dank dieses Volksentscheids werden unverheiratete Paare und Ehepaare in gleichen wirtschaftlichen Verhältnissen in Zukunft gleich viel Steuern bezahlen. Die Heiratsstrafe und der Heiratsbonus werden abgeschafft. Die Kantone sind dabei, das System bis 2032 umzustellen. Dennoch haben die Initianten natürlich das Recht, dass auch über ihre Initiative abgestimmt wird.

Was passiert bei einer Annahme?

Das könnte zu einem steuerpolitischen Durcheinander führen – vor allem für die Kantone. Denn die Mitte-Initiative betrifft nur die direkte Bundessteuer. Da die kantonalen Steuern von der Initiative nicht betroffen sind, müssten die Kantone die Umsetzung der Individualbesteuerung vorantreiben, während das Parlament auf Bundesebene über ein Modell für die gemeinsame Besteuerung debattiert und offen ist, ob es dabei auch die Besteuerung für die Kantone wieder anpasst. Die Kantone fürchten sich daher vor diesem Szenario.

Warum ist die Individualbesteuerung der richtige Ansatz, um die Heiratsstrafe zu beseitigen?

Bei der Individualbesteuerung werden alle Paare gleich behandelt – unabhängig davon, ob sie verheiratet sind oder nicht.

Es lohnt sich dann auch für Zweitverdiener mehr, ihr Arbeitspensum zu erhöhen. Dies wäre bei der Mitte-Initiative nicht der Fall, jedenfalls nicht im gleichen Ausmass. Zudem: Von der Mitte-Initiative profitieren nur Ehepaare. Je nach Ausgestaltung der Umsetzung durch das Parlament könnte sie zudem zu Steuerausfällen von bis zu 3 Milliarden Franken pro Jahr führen.



Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview mit Ständerätin Petra Gössi am Herbstanlass in Schwyz.

Müssen dann die Steuern erhöht werden?

Das wäre keine verantwortungsvolle Politik. Sicher ist: Würde man die Steuerausfälle bei der Umsetzung der Initiative begrenzen wollen, müssten wohl Unverheiratete stärker belastet werden. Auch mit der Individualbesteuerung entlasten wir die Steuerpflichtigen um rund 700 Millionen Franken pro Jahr, das ist für den Bundeshaushalt verkraftbar und davon profitieren nicht nur Ehepaare, sondern auch Unverheiratete.

Auch bei der Grossbankenregulierung schützen Sie die Steuerzahler. Worum geht es dort genau?

Es geht darum, die richtigen Lehren aus der Krise der Credit Suisse zu ziehen. In weniger als zwanzig Jahren musste die Schweiz zwei Mal eine Grossbank mit enorm viel Steuergeld absichern.

Dabei ist es ein urliberaler Grundsatz, dass diejenigen, die ein Risiko eingehen, auch dafür haften müssen und nicht die Steuerzahler.

Dafür müssen wir bekannte Risiken minimieren. Die derzeit zu niedrige Unterlegung der Auslandstöchter im Schweizer Stammhaus ist ganz klar ein solches Risiko.

Warum ist diese Eigenkapitalunterlegung im Stammhaus so wichtig?

Das Problem ist, dass Wertverluste bei den ausländischen Beteiligungen – wie der amerikanischen Tochtergesellschaft – direkt auf das Schweizer Stammhaus durchschlagen. Da diese heute im Stammhaus nur zu 45 Prozent mit hartem Eigenkapital unterlegt sind, führt jeder Dollar Wertverlust zu einem Rückgang von 55 Cent hartem Kernkapital beim Schweizer Stammhaus, das eigentlich der Absicherung des eigenen Geschäfts dienen sollte. Dies war für die Credit Suisse verheerend. Die Bank konnte sich nicht von Geschäftsfeldern in Töchtern trennen, da sie die im Stammhaus entstehende Lücke bei einem Verkauf unter dem Buchwert nicht hätte schliessen können. Ein solcher Verkauf wäre jedoch wichtig gewesen, um das Kerngeschäft zu stabilisieren.

Kritiker sagen, die Vorschriften für die UBS seien zu streng. Es brauche nun einen Kompromiss.

Die vom Bundesrat vorgeschlagene Gesetzesänderung ist bereits der Kompromiss. Verschiedene Experten, Politiker und auch der Nationalrat haben nach dem Fall der Credit Suisse deutlich mehr Eigenkapital gefordert oder auch eine Aufspaltung der Bank. Der Bundesrat schlägt hingegen einen Kompromiss vor, der für die UBS absolut tragbar ist. Er ist der Bank auch bei der Eigenmittelverordnung entgegengekommen. Die Tragbarkeit des Vorschlags wird auch von der Nationalbank, der Finma und vielen namhaften Experten anerkannt. Durch die neuen Regeln wird die UBS weder zur bestkapitalisierten Bank der Welt noch der Schweiz.

KMG

«Es geht knallhart um Arbeitsplätze und Industrie-Knowhow»

Der FREISINN sprach mit Hannes Hauri, CEO der Swiss P Defence AG über die Auswirkungen, sollte das Stimmvolk die Revision des Kriegsmaterialgesetzes nicht annehmen.

Von Nathalie Henseler Pfyl

Laut einer Deloitte-Umfrage bei 66 Schweizer Unternehmen, die direkt oder indirekt von den Exportbestimmungen für Verteidigungsgüter betroffen sind, rechnen 84 % der Hersteller von Kriegsmaterial mit einer Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. **Im Klartext heisst dass, es könnten bereits im nächsten Jahr Arbeitsplätze in der Schweiz verloren gehen**, denn einige Firmen warten noch das Ergebnis der Abstimmung ab. Sollte diese negativ ausfallen, brechen sie hier in der Schweiz die Zelte ab, denn allein von den Aufträgen der Schweizer Armee können sie nicht wirtschaftlich überleben.

Direkt von den Auswirkungen des verschärften KMG betroffen ist der Thuner Munitionshersteller Swiss P Defence AG, früher besser bekannt als Eidgenössische Munitionsfabrik Thun. «Heute ist die Schweiz weder bereit für eine allfällige Mobilmachung, noch können wir dieses Defizit schnell nachholen», sagt Hannes Hauri, CEO von Swiss P, wie die Firma in der Szene genannt wird. «Die Schweiz müsste doch mindestens die Armee am Laufen halten können, dies mit Reparaturkompetenz und der Herstellung von Verbrauchsgütern, wie Munition. Heute sind wir extrem vom Ausland abhängig», ergänzt er. «Dabei bräuchten wir dringend die Grundlage, um unser industrielles Know-how in der Schweiz zu behalten, um uns schliesslich auch selber verteidigen zu können – dazu gehört auch eine breit abgestützte Verteidigungsindustrie». «Um wirtschaftlich bestehen zu können und somit im Ernstfall die Kapazitäten und Fähigkeiten für die Schweizer Armee zu haben, brauchen wir den Export» Wenn es hart auf hart geht, schaue jedes Land nur noch für sich und die Lieferketten seien unterbrochen. «Die Revision des KMG ist auch aus Sicht der Wirtschaftlichen Landesversorgung zu betrachten».

«Es nützt uns nichts, wenn wir im Zusammenhang mit der Wartung von F-35-Kampfjets einen Vertrag mit den USA erhalten, wenn unsere europäischen Freunde kein Vertrauen darin haben, dass sie ihre Flieger nach einer Reparatur bei RUAG beispielsweise wieder zurückerhalten. Solche Zweifel wurden geäussert, das müssen wir sehr ernst nehmen», erklärt der ehemalige Berufsoffizier.



Hannes Hauri ist CEO des Munitionsherstellers Swiss P Defence. (Foto: ZVG)

Wird die KMG-Revision vom Volk angenommen, flattern die Bestellungen allerdings nicht am nächsten Tag wieder rein. **«Wir müssen zuerst wieder das Vertrauen aufbauen, da wir von gewissen Ländern als Hoflieferant ausgeladen wurden. Und in diese Lieferketten wieder hineinzukommen, ist sehr schwierig.** Aber damit würden wir natürlich sofort wieder beginnen», skizziert Hauri. Er sei zuversichtlich, dass die Bevölkerung weiss, was für die Schweiz wirtschaftlich auf dem Spiel steht.



Politikversagen: So kam es zur KMG-Verschärfung

Das Kriegsmaterialgesetz wurde nur wenige Monate vor dem russischen Grossangriff auf die Ukraine im Februar 2022 verschärft. Die Verschärfung war das Resultat einer Volksinitiative, politischer Kuhhändel und einer Fehleinschätzung der damaligen geopolitischen Lage.

nahe. Auslöser der Verschärfung war die Empörung über Schweizer Waffen im Jemen-Krieg. Im Jahr 2018 plante der Bundesrat eigentlich eine Lockerung der Waffenexporte. Zur selben Zeit wurde jedoch bekannt, dass zuvor exportiertes Schweizer Kriegsmaterial von Saudi-Arabien im Jemen-Krieg eingesetzt worden war. Die öffentliche Empörung war gross. Als Reaktion darauf formierte sich eine breite Allianz aus linken und der Mitte-Partei sowie NGOs, die die Volksinitiative «Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer (Korrektur-Initiative)» lancierte und 2019 erfolgreich einreichte.



Um eine riskante Volksabstimmung über einen starren Verfassungstext zu verhindern, erarbeiteten Bundesrat und Parlament im Jahr 2021 einen indirekten Gegenvorschlag, der aber nicht nur die Kernforderungen der Initiative enthielt, sondern weiter ging. **Der Bundesrat wollte sich ursprünglich eine «Ausnahmekompetenz» leider noch offenhalten, um in ausserordentlichen Umständen dennoch Exporte zu erlauben. Das Parlament strich diese Ausnahme jedoch komplett aus dem Entwurf.**

Die Initianten zogen die Korrektur-Initiative im Oktober 2021 zurück und der Gegenvorschlag trat im März 2022 in Kraft – exakt zu dem Zeitpunkt, als der Ukrainekrieg ausbrach. Als das Gesetz verabschiedet wurde, hielten die meisten Politiker einen grossen Landkrieg in Europa für unwahrscheinlich. Durch die Neuregelung wurden die Kriterien für Exporte so starr, dass der Bundesrat jeglichen Ermessensspielraum verlor.

Dies führte direkt zu den bekannten Blockaden nach Kriegsbeginn: Weil das Gesetz Exporte und vor allem die Wiederausfuhr an Länder im Konflikt strikt untersagte, musste die Schweiz Gesuche von Partnerstaaten wie Deutschland (z. B. für Gepard-Munition) ablehnen. Auch eine Weitergabe innerhalb der NATO im Bündnisfall (Art. 5) müsste durch die Schweiz bewilligt werden. **Diese damals «gut gemeinte» Verschärfung entpuppte sich politisch und wirtschaftlich schnell als internationales Dilemma**, weshalb wir nach nur wenigen Jahren das KMG bereits wieder revidieren – diesmal aber mit vorgesehener Ausnahmekompetenz des Bundesrates.

Das Kriegsmaterialgesetz in Kürze

Von Heinz Theiler, Nationalrat Kanton Schwyz

Die Welt ist instabiler geworden und die Schweiz steht sicherheitspolitisch zunehmend im Abseits. Als Verfechterin der bewaffneten Neutralität setzt sich die FDP für eine Anpassung des Kriegsmaterialgesetzes ein. Die Verschärfung von 2021 hat uns als unzuverlässige Partnerin gebrandmarkt. Da Staaten im Konfliktfall weder Ersatzteile noch Munition erhalten, kaufen europäische Nachbarn kaum noch bei uns ein. Es gilt der Grundsatz: «No China, no Swiss».

Diese Entwicklung bedroht eine Industrie mit 154'000 Arbeitsplätzen und 37 Milliarden Franken Wertschöpfung. Viel schwerer wiegt jedoch der Verlust von Know-how und Innovationskraft. Ohne eine starke industrielle Basis können wir militärische Systeme nicht mehr eigenständig warten. Das schafft gefährliche Abhängigkeiten und zerstört das Fundament unserer bewaffneten Neutralität.

Das Parlament korrigiert dies nun: **Exporte an Partnerstaaten werden unter klaren Bedingungen wieder möglich, während der Bundesrat das Vetorecht behält.** So stärken wir unsere Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit.

Deshalb: Ja zur Revision des Kriegsmaterialgesetzes!



Kleine Geschichte der Mehrwertsteuer

Wie die Bundessteuer wurde auch die Mehrwertsteuer – damals noch Warenumsatzsteuer WUST – im Krieg eingeführt: Sie war als befristete «Defizitsteuer» konzipiert, um das Gleichgewicht im ordentlichen Finanzhaushalt wiederherzustellen.

nahe. Fast 29 Milliarden Franken bezahlten im Jahr 2025 die Konsumentinnen und Konsumenten in der Schweiz mit der Mehrwertsteuer – das ist fast ein Drittel des gesamten Finanzhaushaltes der Schweiz. **Grundlage zum Beschluss der Einführung einer Warenumsatzsteuer (WUST) waren einerseits der dringliche Bundesbeschluss vom 30. August 1939 über die Massnahmen zum Schutze des Landes und zur Aufrechterhaltung der Neutralität.** Und andererseits der sogenannte «Vollmachten-Beschluss», sowie der Bundesbeschluss vom 11. April 1940 zum Finanzhaushalt des Bundes. Die WUST wurde nicht nur eingeführt, um die steigenden Militärausgaben zu bewältigen, sondern auch um die Bundeshilfe für notleidende Wirtschaftszweige zu finanzieren. **Die WUST wurde dann erstmals für das 4. Quartal 1941 erhoben.**

Die Umwandlung der WUST in eine Mehrwertsteuer als Allphasensteuer mit Vorsteuerabzug brauchte mehrere Anläufe mit Volksabstimmungen: Die Vorlagen aus den Jahren 1977, 1979 und 1991 wurden von Volk und Ständen verworfen. Denn die Mehrwertsteuer wird im Gegensatz zur WUST auf allen Stufen des Produktions- und Verteilungsprozesses erhoben.
Das Konzept der Mehrwertsteuer folgt im Wesentlichen dem Umsatzsteuersystem der Europäischen Union (mit Ausnahme des Steuersatzes) und wurde in der Volksabstimmung vom 28. November 1993 angenommen.

Der Steuersatz von 6,5% wurde 1999 um das von Anfang an für die Finanzierung der AHV vorgesehene MWSt-Prozent erhöht, betrug ab 2001 mit einem zusätzlichen Promille für die Neue Eisenbahn-Alpentransversale 7,6% und stieg 2011 zugunsten der Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung auf 8%. Ein ermässigter Steuersatz von 2,5% galt ab 2011 (1995 2%) unter anderem für die Lieferung von Wasser, Ess- und Trinkwaren (nicht aber für alkoholische Getränke), von Pflanzen und Schnittblumen, von Medikamenten sowie von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern. Ein Sondersatz von 3,8% (1996 3%) betraf Beherbergungsleistungen des Gastgewerbes.

Quellen: Historisches Lexikon der Schweiz, www.hls-dhs-dss.ch, www.estv.admin.ch

Boomer's Corner

Gestatten: «Too Good To Go»

Warum gutes Essen wegwerfen, wenn Du es noch geniessen kannst? Mit **«Too Good To Go»** bieten Bäckereien, Restaurants und Läden überschüssige Lebensmittel zum Schnäppchenpreis an. **Per App** reservierst Du ein Überraschungspäckli, bezahlst und holst es ab. Ideal auch für alle, die sonst «Ich weiss nicht recht» zu Abend essen.

Kein Greenwashing-Blabla, sondern eine simple Idee mit echtem Nutzen: **weniger Lebensmittel im Abfall, mehr Geld im Portemonnaie. Gerade in Zeiten schwindender Kaufkraft – gegen die wir natürlich mit voller Entschlossenheit ankämpfen**.

Auch Betriebe profitieren: Sie verkaufen Restbestände und werden für neue Kundschaft sichtbar.

Und jetzt kommt's: Sogar Blumen gibt's! Vielleicht landet Dein nächster Fund in der Vase statt auf dem Teller!

Yannick Aschwanden



In der Rubrik Boomers Corner gibt's Hacks und Tipps von den Jungen für die Alten.

Nein zur Mehrwertsteuererhöhung, ja zu einer generationengerechten AHV: Reformen statt neuer Steuern!

Seit 1948 steht die AHV für die Solidarität zwischen den Generationen. Bei ihrer Finanzierung müssen wir deshalb auch an jene denken, die sie bezahlen.

Umso befremdlicher ist es, dass die 13. AHV-Rente allein über die Mehrwertsteuer teilfinanziert werden soll. Sie belastet den Lebenskonsum – und den haben **die Jungen noch vor sich**: die Einrichtung der ersten Wohnung, Kinderkleider, ein grösseres Auto für die Familie. Sie tragen die Erhöhung länger und überproportional stark.

Dabei kämpfen die Menschen schon heute mit steigenden Steuern und Abgaben. Und mit der **«Reform AHV2030»** plant der Bundesrat bereits die nächsten Abgaben bei Lohnprozenten und der Mehrwertsteuer.



Bei ungedeckten Rentenversprechen von 1315 Milliarden Franken braucht es **echte strukturelle Reformen statt Pflästerli-Politik.** Mit einem Nein setzen wir ein klares Zeichen: keine neuen Steuern auf dem Rücken der jungen Generationen.

Jonas Lüthy, Parteipräsident Jungfreisinnige Schweiz

Die FDP Urban greift in den Wahlkampf 2027 ein

Am 21. Oktober fand der Strategieabend der FDP Urban im Bundeshaus statt. Mit dabei waren Nationalrat Christian Wasserfallen, Michele Salvi Vizedirektor von Avenir Suisse, und Pablo Sanchez, Chefredaktor der Zeitschrift *Le Regard Libre*. Im Zentrum standen die aktuellen politischen Heraus-forderungen der Städte, das Wählerpotenzial der FDP und die Frage, wie wir unsere Präsenz in den urbanen Zentren stärken können.



Mit diesem Anlass fiel zugleich der offizielle Startschuss für unsere Vorbereitungen auf die **Eidgenössischen Wahlen 2027.** Unser Ziel ist es, die Situation vor Ort besser zu verstehen und konkrete Ansatzpunkte für den Erfolg der FDP in den Städten zu identifizieren.

In den kommenden Wochen werden wir den urbanen Sektionen einen Fragebogen zustellen, um ihre bewährten **Wahlkampfpraktiken**, Erfahrungen und Bedürfnisse zu erfassen. Auf dieser Grundlage wollen wir konkrete Vorschläge erarbeiten, wie die FDP Schweiz die Sektionen besser unterstützen und unsere **urbane Verankerung** stärken kann. Durch den Austausch lokaler Erfahrungen und bewährter Praktiken will die FDP Urban aktiv zur Vorbereitung der kommenden Eidgenössischen Wahlen beitragen.

Soroush Yasami, FDP Urban

Renten rund um die Welt

Aus Anlass der Diskussion um die 13. AHV lohnt sich ein Blick auf die Rentensysteme in China, den USA und der Türkei. Alle stehen vor grossen demografischen und finanziellen Herausforderungen.

China hebt das Rentenalter schrittweise an: für Männer von 60 auf 63, für Frauen von 50/55 auf 58 Jahre. Neben Arbeitgeberfonds zahlen Beschäftigte nun persönliche Beiträge. Die Renten betragen 40-50 % des Einkommens und es bestehen grosse Unterschiede zwischen Stadt und Land. Viele Rentner arbeiten weiter, während Frauen traditionell die Enkelkinder betreuen.

Das **US Social Security System** ähnelt der Schweizer AHV im Umlageverfahren. Arbeitgeber und -nehmer zahlen je 6,2 %. Die Rente ab 67 beträgt im Schnitt 1900 USD. Anspruch hat nur, wer mindestens 10 Jahre eingezahlt hat. Betriebsrenten sind freiwillig. Viele müssen bis ins hohe Alter arbeiten.

In der **Türkei** zahlen Arbeitnehmer 15 %, Arbeitgeber 22,5 % im Umlageverfahren. Das Rentenalter wird bis 2046 schrittweise auf 65 erhöht, doch ein Gesetz von 2023 erlaubt unter Bedingungen den Eintritt ab 45. Trotz einer Ersatzquote von fast 100 % schrumpft der Lebensstandard wegen tiefer versicherter Löhne und extremer Inflation rasant.

Im Vergleich steht das Schweizer **3-Säulen-Prinzip** auf solider Basis. Jedoch geraten Umlagesysteme durch immer weniger Beitragszahlende und mehr Pensionierte in Schieflage – es braucht mutige Reformen!

Helen Freiermuth, Präsidentin FDP International, Türkei

Nur noch Zwängerei

Schluss mit dieser Zwängerei der Mitte-Partei! Ein klares NEIN zur überflüssigen Steuer-Initiative sichert ein faires, verlässliches und einheitliches System.

Mit der Annahme unserer Individualbesteuerung hat das Volk die Heiratsstrafe auf allen Ebenen per 1. Januar 2032 bereits abgeschafft. Die Kantone arbeiten längst an der Umsetzung. Die neue Initiative ist daher **reine Zwängerei**: Sie will einen demokratischen Volksentscheid kippen, noch bevor er überhaupt umgesetzt ist! Das verursacht ein parlamentarisches Hickhack, blockiert Verwaltungen und kostet Millionen.



Ein Ja würde im puren Steuer-Wirrwarr enden. Da die Initiative nur die Bundessteuer betrifft, gälten ab 2032 **zwei gegensätzliche Systeme**: die gemeinsame Besteuerung beim Bund, aber getrennte Besteuerung in Kanton und Gemeinde. Ehepaare müssten im schlimmsten Fall drei Steuererklärungen ausfüllen, was zu dauerhafter Bürokratie führt. Zudem gleicht die Initiative einer Wundertüte, da völlig unklar ist, ob Splitting oder eine alternative Berechnung in der Umsetzung greift. Die Steuerausfälle von bis zu drei Milliarden Franken jährlich müssten durch Leistungsabbau oder höhere Steuern kompensiert werden – ein verantwortungsloses Risiko.

Am Ende ist das Vorhaben unfair und rückschrittlich. Es entlastet vor allem die reichsten 10 Prozent und **bestraft den Zweitverdienst von Frauen.** Die bereits beschlossene Individualbesteuerung hingegen sorgt dafür, dass sich Arbeit lohnt, und setzt wichtige Fachkräftepotenziale frei.

Ein Nein bedeutet Verlässlichkeit für Bevölkerung und Wirtschaft: **Gleiches Einkommen, gleiche Steuern – unabhängig vom Zivilstand.**

Nationalrätin Bettina Balmer, Präsidentin FDP Frauen Schweiz



Handlungsfähig sein, wenn der Alarm losgeht.



JA

zur Änderung des Kriegsmaterialgesetzes

FDP

GENF

Die FDP Genf will mit einem Pilotprojekt die administrativen Abläufe für die Hotellerie, Gastronomie und das Nachtleben vereinfachen.

Grossratsmitglieder der FDP haben eine Motion eingereicht, die den Einsatz von Kundenbetreuerinnen und Kundenbetreuern als zentrale administrative Ansprechpersonen vorsieht. Betriebe der Gastronomie, Hotellerie und des Nachtlebens müssen heute zahlreiche administrative Verfahren bewältigen – von Betriebsbewilligungen über Bau- und Umbaugesuche bis hin zu Hygiene- und Sicherheitskontrollen. **Jedes dieser Verfahren ist mit unterschiedlichen Amtsstellen, Formularen und Fristen verbunden.** Heute muss für jedes Verfahren ein neues Dossier zusammengestellt werden, selbst wenn die Verwaltung bereits über die erforderlichen Informationen verfügt. **Mit dem «Once-Only»-Prinzip sollen solche Doppelspurigkeiten vermieden werden.**

Die FDP Genf setzt sich zudem für die Organisation eines grossen Genfer Sommerfests nach dem Vorbild der 2018 eingestellten «Fêtes de Genève» ein. Die Veranstaltung soll ein breites Publikum ansprechen, generationenübergreifend und für alle zugänglich sein – sowohl für die Genfer Bevölkerung als auch für Besucherinnen und Besucher.

Das Ziel der FDP ist klar: ein attraktiveres Genf mit weniger Bürokratie und besseren Rahmenbedingungen für Unternehmerinnen und Unternehmer.

WAADT

Die Waadtländer machen Schluss mit konfiskatorischen Steuern.

Mit rund 54 Prozent Ja-Stimmen hat die Waadtländer Stimmbevölkerung am 27. September die Initiative «Steuersenkung für alle» angenommen. **Das Signal ist klar: Im Kanton mit der schweizweit höchsten Steuerbelastung will die Bevölkerung ein Steuersystem, das Arbeit belohnt, statt sie zu bestrafen.** Die Annahme ist ein Erfolg für die FDP Waadt, die sich für die Initiative eingesetzt hatte, begrüsst diesen Volksentscheid und fordert den Staatsrat auf, ihn unverzüglich umzusetzen.

Die Initiative verlangt eine einfache und konkrete Lösung: eine Senkung der kantonalen Einkommens- und Vermögenssteuern um 12 Prozent. Offenbar hatte eine Mehrheit der Waadtländer Bevölkerung genug davon, bis zu doppelt so hohe Steuern wie im Kanton Zürich zahlen zu müssen.

In den Kantonen Bern und Neuenburg werden beispielsweise bereits ähnliche Volksinitiativen auf Initiative der FDP vorbereitet.

FREIBURG

Mit «FDP on Tour» unterwegs im ganzen Kanton!

Auf die Bevölkerung zugehen, zuhören und sich austauschen: Genau das haben die FDP-Kandidatinnen und -Kandidaten für den Grossen Rat den ganzen Sommer über getan. Begleitet wurden sie dabei von den Staatsräten Didier Castella und Romain Collaud, von lokalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern sowie gelegentlich sogar von Nationalrätin Nadine Gobet. **Wie bereits bei früheren Wahlen waren die Teilnehmenden auch bei dieser Ausgabe von «FDP on Tour» im ganzen Kanton zu Fuss und mit dem Velo unterwegs.**

Eine tolle Gelegenheit, mit der Bevölkerung ins Gespräch zu kommen, unsere Ideen zu teilen und die Nähe zur Freiburger Bevölkerung im Hinblick auf die kantonalen Wahlen im November zu stärken.

«FDP on Tour» – ein Vorbild für andere Kantonalparteien?



Foto: Lucie Lanchou





Rund 600 Liberale aus der ganzen Schweiz haben sich am 17. Oktober an der **FDP-«Landsgemeinde»** in Langenthal versammelt. In zahlreichen Workshops bildeten sie sich weiter, tauschten Ideen aus und bereiteten sich vor: für den Kampf gegen den MwSt.-Schwindel – und für die eidgenössischen Wahlen 2027.










FDP



Jeden Morgen Stalldienst war zuerst

Vom Bauernsohn zum Textil - Rohstoffhändler in China: Johann Späni hat die liberalen Möglichkeiten in unserem Land genutzt – mit Fleiss, Zielstrebigkeit und Risikobereitschaft. Er lebt liberale Werte ohne Kompromisse.

Text und Foto: Nathalie Henseler Pfyl

Hoch oben in Schindellegi, direkt hinter dem Firmensitz von Kühne und Nagel, wohnt Johann Späni. Die «graue Eminenz», wie er auch respektvoll von seinen Parteikolleginnen und -kollegen genannt wird, ist aus der Schwyzer Politlandschaft und der FDP des Kantons Schwyz nicht wegzudenken. «Viele verschwinden aus der Partei, wenn sie ihre Ämter abgeben. Ich bin gerne da und bleibe Teil der liberalen Familie im Kanton Schwyz», sagt der 76-Jährige bei einem Kaffee am Esstisch bei ihm zuhause. Dabei hat er bereits unglaublich viel für die Partei geleistet, viel Fronarbeit. Zuerst Ortsparteipräsident in Feusisberg, danach Kantonsrat, 1991 FDP Kantonalparteipräsident, 1996 Kantonsratspräsident und 2003 Ständeratskandidat. **Alex Kuprecht (SVP) gelang es erst im zweiten Wahlgang, Johann Späni zu schlagen. «Nach einer solchen Niederlage bleibt nur eins: Am anderen Tag wieder aufzustehen und weiterzuarbeiten»**, erzählt Späni mit einem Schulterzucken. Und fügt schmunzelnd hinzu: «Aber am Abend vor dem Wahlsonntag, da genossen Alex und ich eine sehr sehr gute Flasche Wein.»

Ausland als Antrieb

Johann kam als Bauernsohn in Schindellegi zur Welt. «Ab der 3. Klasse bis zur RS war ich jeden Morgen, vor der Schule und später in der Lehre, zuerst im Stall und half das Vieh zu besorgen», erzählt er. Dass Verzicht und Arbeit den Alltag prägten, wurde ihm in die Wiege gelegt. Doch der Bauernberuf war nicht sein Traum, weshalb er auf dem Steueramt in Pfäffikon am Zürichsee eine KV-Lehre absolvierte. Der erste Job nach der Lehre weckte in ihm dann die Lust auf die grosse weite Welt: «Ich arbeitete für eine Möbelfabrik am Zürichsee und konnte aktiv mithelfen in Carouge bei Lausanne eine Filiale aufzubauen. Da wurde mein Unternehmerinstinkt geweckt und die Freude an Fremdsprache. Danach absolvierte er einen Intensiv-Sprachkurs in Paris gefolgt von einer Fachausbildung in Wirtschaft und Internationalem Handel. Der zweite Teil dieser Fachausbildung Oberstufe folgte dann in London in Englisch. Nach drei Jahren Ausbildung im Ausland kehrte er zurück mit einem Abschluss in Economics and International Trade.

«Eigentlich wollte ich noch nach Italien, aber ich landete dann bei der Stellensuche schliesslich bei einer Schottischen Textilrohstoff-Firma. Da hat es mir den Ärmel reingezogen, vor allem weil meine Verkaufstätigkeit zu ca. 50 % mit Auslandsreisen verbunden war». Die Firma Dawson verarbeitete in ihren Spinnereien, Strickereien und Webereien Luxus-Tierhaare wie Cashmere und Lambswool als Rohstoff für die Textilbranche. Dort lernte er das Handelshandwerk von der Pike auf und machte sich 1978 mit 28 Jahren selbständig. Der grosse Sprung wagte er dann 10 Jahre später: **1988 ging er nach China und importierte ab diesem Zeitpunkt Seidenrohstoff (Seidenfasern und Garne) für die verarbeitende Textilindustrie in Europa. «Man kann sich das heute kaum noch vorstellen. Damals war China eine Blackbox.** Ich ging dort in die Fabriken und mit Hilfe von Dolmetschern hat er direkt verhandelt, um die Qualität sicherzustellen», erzählt Späni weiter. Die Lieferungen wurden anfänglich via Hongkong nach Como sichergestellt. Von dort aus ging die kostbare Handelsware weiter zu den namhaftesten Designerateliers und Fabrikanten Europas. «Als es dann in China so Ende der Neunziger Jahre wirtschaftlich abging, war ich schon da», schmunzelt Späni.

Liberale Werte für die Gesellschaft

Parallel zum erfolgreichen Seidengeschäft mit China begann Johann Späni eine Immobilienfirma aufzubauen und investierte in Mietwohnungen. Inzwischen hat er das Immobilien-Thema seinem Sohn übergeben, der dies aktiv bearbeitet und weiter ausbaut. Die Familie ist ihm das Wichtigste, seine Frau starb, als die drei Kinder Teenager waren. «Die Kinder und Grosskinder machen mir grosse Freude. Und auch die Parteiarbeit interessiert mich immer noch, wenn ich nicht gerade wieder unterwegs bin» erzählt er.

Der Schlüssel für ein zufriedenes Leben, sagt er, sei ein guter und entspannter Umgang mit den Höhen und Tiefen im Leben sowie die Bereitschaft für Mehrarbeit, auch für die Gemeinschaft. «Politische Arbeit reiht sich hier ein, auch wenn ich das grosse Mandat in Bern verpasst habe. Das gehört dazu. Die FDP ist staatstragend und wir alle können eigenverantwortlich mit unserem Einsatz dazu beitragen, dass das so bleibt», sagt er. Dass sich die FDP mit Vehemenz für die liberalen Werte wie Eigenverantwortung und möglichst tiefe Steuern einsetzt , ist ihm wichtig. **«Die Gesellschaft braucht unsere Partei», sagt Späni zum Schluss.**


Was macht gutes Unternehmertum aus, Johann Späni?
Risikobereitschaft
Verzicht
Bereitschaft für Mehrleistungen
Durchhaltevermögen
Durchsetzungsvermögen
Wissen, Können und Leidenschaft
Zuverlässigkeit
Für alle, die den Wecker stellen.

Das Parkinson-Prinzip mit Knock-On-Effekt

Staatsblähungen

Finden Sie die Labels auf den Lebensmitteln nützlich?

Keine Ahnung, ob sie uns wirklich etwas bringen, aber eins ist sicher: Sie verursachen Mehrarbeit.

Angefangen hat es damit, dass die Menschen über Produkte besser informiert werden sollen: Bio, Kalorien, Herstellerland, abbaubare Verpackung etc.. Nachvollziehbar auf den ersten Blick. Doch wie kommen die Informationen auf die Verpackung?

Genau: Es braucht dafür ein Gesetz. Das Gesetz wird vom Parlament beschlossen. Die Verwaltung macht die Umsetzung. Für die Umsetzung werden neue Stellen geschaffen: **Für die Kontrolle der Umsetzung werden noch mehr neue Stellen geschaffen**, denn die linke Ratshälfte ist mit der Umsetzung des Gesetzes nicht zufrieden und moniert mangelnde Kontrolle. Und dann braucht es noch neue Stellen für Kontrolleure, die kontrollieren, ob das von den Herstellern auf die Packung Geschriebene auch tatsächlich in ihren Betrieben zutrifft.

Ist das tatsächlich ein Mehrwert für die Konsumentinnen und Konsumenten? Und wer bezahlt all die Kontrolleurinnen und Kontrolleure?

Der britische Soziologe und Historiker Cyril Northcote Parkinson stellte 1955 dazu eine Theorie auf: **Arbeit dehnt sich in genau dem Masse aus, wie Zeit für ihre Erledigung zur Verfügung steht.** Übertragen auf die Verwaltung beschreibt es genau jene Eigendynamik: **Mehr Personal schafft automatisch mehr internen Abstimmungsbedarf (wie Mails schreiben, Berichte, Richtlinien beschliessen, Abhalten von Meetings) und Kontrolle.** Die Angestellten beschäftigen sich also zu einem grossen Teil gegenseitig, völlig unabhängig davon, ob die eigentliche Kernaufgabe der Behörde wächst oder nicht.

Die Parkinson-Spirale beginnt sich zu drehen: Es wird eine Fachstelle für die Etikettierungen geschaffen. Diese Fachstelle kann die Ziele nicht alleine umsetzen – sie erlässt Richtlinien für die anderen involvierten Ämter. Diese Ämter müssen nun Datensätze erheben und Berichte verfassen. **Es entsteht ein geschlossener Kreislauf, in dem Verwaltungseinheiten Daten für andere Verwaltungseinheiten produzieren, was den Bedarf an Koordinations- und Kontrollstellen weiter ansteigen lässt.**

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Verwaltung wächst selten aus reiner Willkür, sondern weil der Gesetzgeber – und oft das Stimmvolk – absolute Fehlerfreiheit, lückenlose Transparenz und perfekte Gerechtigkeit einfordert. Um dies zu garantieren, braucht es Kontrolleure – und um die Kontrolleure zu bedienen, braucht es wiederum Zuarbeiter.

Das Gegenrezept: Eine Folgekostenabschätzung bei der Einführung jedes neuen Gesetzes und Beschränkung der Ressourcen.

Nathalie Henseler Pfyl

Abstimmung vom 29. November 2026

Abstimmungsempfehlungen

Bundesbeschluss vom 19. Juni 2026 über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer — **NEIN**

Volksinitiative «Für eine Einschränkung von Feuerwerk» — **NEIN**

Volksinitiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!» — **NEIN**

Änderung vom 19. Dezember 2025 des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz, KMG) — **JA**

Weiterführende Informationen unter:
www.fdp.ch/abstimmungen/abstimmungsempfehlungen

Jetzt reicht's! NEIN zu neuen Steuern!

Die Schweiz hat kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem! Während der Bund jährlich knapp 90 Milliarden Franken einnimmt, **sollen die Ausgaben bis Ende des Jahrzehnts auf über 100 Milliarden steigen**. Doch statt endlich beim Staat zu sparen, will Bundesbern die Rechnung einmal mehr der Bevölkerung präsentieren.

Ob höhere Mehrwertsteuer für die AHV und die Armee oder zusätzliche Lohnabgaben für die IV: Die Politik greift immer tiefer ins Portemonnaie des Mittelstands. Damit muss Schluss sein!

Für die FDP ist klar: **Der Staat muss seine Ausgaben in den Griff bekommen, statt ständig neue Steuern zu erfinden**. Wir wollen die Kaufkraft schützen, die Schuldenbremse verteidigen und verhindern, dass kommende Generationen für die heutige Ausgabenpolitik bezahlen müssen.

Deshalb lancieren wir eine breite Allianz gegen neue Steuern und Abgaben. Unser Ziel: **10 000 Unterstützerinnen und Unterstützer!**

Jetzt mitmachen, Freundinnen und Freunde einladen und ein Zeichen gegen den Steuerwahnsinn setzen!

Mutationen

Parlament

Unsere Bündner Nationalrätin **Anna Giacometti (65)** tritt auf Ende November zurück.



Sie wurde 2019 in den Nationalrat gewählt. Ihr Nachfolger wird der ehemalige Regierungsrat **Christian Rathgeb (56)**, er wird in der Wintersession vereidigt. «Es war für mich eine lehrreiche und sehr schöne Zeit. Jetzt freue ich mich darauf, wieder mehr Zeit mit meiner Familie im Bergell verbringen zu können», sagt Anna Giacometti. Sie wurde im Rahmen des Fraktionssessens im «Petit Couteau» sehr herzlich von der Fraktion und dem Generalsekretariat verabschiedet.

Mit der Wahl in den Regierungsrat des Kantons Aargau vom vergangenen 18. Oktober verlässt auch Nationalrätin **Maja Riniker (48)** das politische Bern. Auch sie tritt in der Wintersession zurück und für sie rückt der Aargauer Grossrat **Adrian Schoop (40)** nach.

Generalsekretariat

Drei neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben am 1. Juli ihre Aufgaben übernommen: **Linda Arnold (29)** studierte internationale Beziehungen und politische Kommunikation und arbeitete im Dienst des EDA, zuletzt auf der Schweizerischen Botschaft in Paris. Sie ist für die lateinischen Kantone im Team der Büroleitung sowie für die Dienstleistungen Kantone und Digitales & Multimedia zuständig.





Yannick Aschwanden (28) studierte Organisationskommunikation und Journalistik an der ZHAW und war bei CH Media tätig. Bei der FDP betreut er Social Media und übernimmt weitere Aufgaben im Generalsekretariat.

Nathalie Henseler Pfyl (50) ist neu für die Gesamtleitung des FREISINNS zuständig und arbeitet in der Abteilung Kommunikation. Die promovierte Germanistin und ehemalige Seilbahn-Unternehmerin ist seit 10 Jahren Mitglied der Geschäftsleitung der FDP Kanton Schwyz, leitete mehrere Wahlkämpfe und ist als freischaffende Beraterin, Autorin und Journalistin tätig.



Für alle, die den Wecker stellen.



Archiv-Bild von Christian Wasserfallen

Kennen Sie diese Jungspunde?

Dieses Foto aus den Nullerjahren stammt von einem speziellen Förderprogramm, das die FDP Schweiz damals aufgezogen hat. Und zwar mit Erfolg!

Das Foto wurde beim Bundeshaus aufgenommen, wir konnten aber nicht mehr alle Personen darauf ausfindig machen. Was wir herausgefunden haben: Von links zu sehen sind der amtierende Fraktionschef **Damien Cottier**, das ehemalige Mitglied der Genfer FDP und jetzt in der von ihm selbst gegründeten Partei «Libertés et Justice sociale» immer noch als Regierungsrat unterwegs: **Pierre Maudet**, Nationalrat **Christian Wasserfallen**, alt-Nationalrätin **Christa Markwalder**, Nationalrat **Olivier Feller**, Staatsrätin **Isabelle Moret** und der amtierende Schwyzer Regierungsrat **Damian Meier**, damals auf dem Bild noch als jüngster Kantonsrat in Luzern gewählt.

Wer kennt noch wen? Habt ihr auch noch alte Fotos? Schreibt uns: redaktion@fdp.ch



Wandertipp

Geheimtipp über Bellinzona

Eine Wanderstunde oberhalb von Bellinzona gibt der Kastanienhain eine grossartige Aussicht und einen aussergewöhnlichen Einblick ins Mittelalter frei – das ist der Wandertipp von Consigliere nazionale Simone Gianini aus Bellinzona.

Simone Gianini geht in schnellem Tempo bergauf voran. «Du sagst, wenn es dir zu schnell ist», ruft der Consigliere Nazionale mir zu. Die Wanderung vom Bahnhof Bellinzona zur verlassenen Siedlungsstelle Prada ist steil, aber trotzdem wunderbar. Sie führt vorbei an den oberen Stadtquartieren, wo Simone Gianini als Vize-Stadtpräsident seine Spuren hinterliess. «Diesen Ortsbus für das Quartier einzuführen sowie den gesamten ÖV der Stadt zu organisieren war eines meiner Projekte», erzählt er, als wir am wartenden Postauto vorbeigehen.

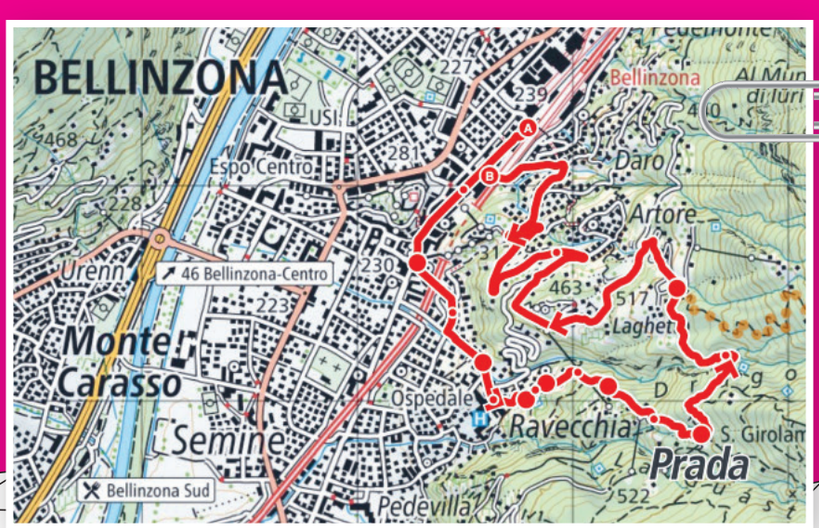
Der Weg nach Prada führt durch den Wald, ist breit und schön gepflästert. Er ist ein Zeitzeuge aus dem Mittelalter. **«Ich hoffe, die Mehrwertsteuer steigt nicht so hoch an, wie dieser Weg», lacht Gianini, «das Leben ist schon teuer genug».** Der schön an- und mit Steinen ausgelegte Weg macht neugierig darauf, was einem in Prada erwartet. Das mittelalterliche Dorf wurde vor gut 400 Jahren aufgegeben, gegen 200 Personen wohnten zeitweise dort, wie die Jahrzeitbücher des Dorfes zeigen, die im Staatsarchiv liegen.

Und tatsächlich, der steile Aufstieg lohnt sich: Auf Prada steht eine renovierte Kirche und eine eindrückliche Häusergruppe, die seit zwei Jahren aufwändig konserviert wird. Es sind dreistöckige, in den Hang gebaute Häuser mit dicken Mauern. «Man sieht deutlich, wo die Geschossböden aus Holz eingelassen waren», sagt der 50-Jährige. **Die Konservierung der Gebäude gibt einen einmaligen Einblick in das Leben der Menschen aus dem Mittelalter, die hoch über Bellinzona wohnten.** Als lohnendes Wanderziel reicht der Ausblick von der Siedlung Prada bis an den Lago Maggiore und für das Picknick gibt es grosszügige Holztische und -bänke sowie frisches Quellwasser aus dem Brunnen.

Text und Fotos: Nathalie Henseler Pfyl



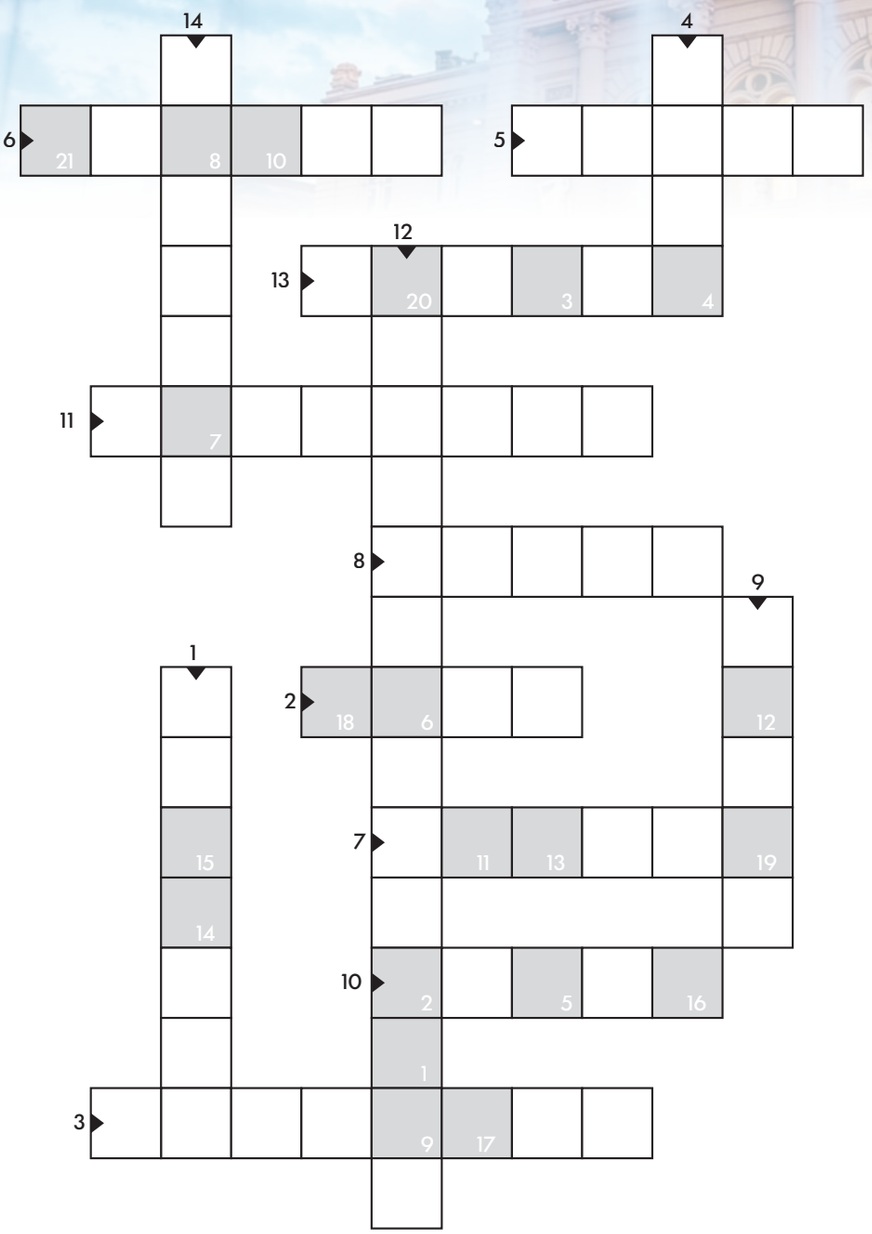
Für alle, die den Wecker stellen.



Rätsel-Wettbewerb

Mit Köpfchen ins Bundeshaus

Gewinnen Sie einen exklusiven Bundeshaus-Besuch!



Und so funktionierts:

1. Balkenrätsel lösen
2. Lösungswort **bis 30. November 2026** einsenden an: redaktion@fdp.ch, oder per Postkarte an: FDP Schweiz, Spitalgasse 37, 3011 Bern
3. Mit etwas Glück als Gewinnerin oder Gewinner gezogen werden!

Preise:

1. Platz
Gewinnen Sie eine exklusive Führung durch das Bundeshaus.

2.-4. Platz:
1 SIGG-Flasche

5.-8. Platz:
Set mit 1 Anhänger und 1 Kugelschreiber



Lösungswort der letzten Ausgabe: SCHULDENBREMSE
Der Hauptgewinner des letzten Wettbewerbs: Rolf Bollhalder, Teufen

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21

1. Wie heisst der höchstgelegene Grenzpass in der Schweiz?
2. Wie hiess der erste Bundesrat aus dem Kanton Glarus?
3. Name der ersten Nationalratspräsidentin.
4. Steuergünstigste Gemeinde für Ledige 2025?
5. Wie heisst der höchste vollständig im Kanton Waadt liegende Berg?
6. In welcher Gemeinde befindet sich das Schweizer Dufour Museum?
7. Wer leitete 1998 die freisinnig-liberale Fraktion in Bern?
8. Fluss im Wallis.
9. Wie heisst der aktuelle Standespräsident Graubündens?
10. Was bedeutet schweizerdeutsch: nämis?
11. Wofür setzt sich die FDP unerbittlich ein?
12. Woran will die FDP nicht rütteln?
13. Wer begründete die Schweizerische Kreditanstalt?
14. Was will die FDP auf keinen Fall erhöhen?

Keinen Rappen neue Steuern!

AM 29. NOVEMBER

NEIN zum MwSt.-Schwindel

FDP